Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1886

21.1.1886 (No. 17)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 21. Januar.

№ 17. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1886.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 20. Januar.

Es war vorauszusehen, daß mit der Weigerung der **serbischen und griechischen** Regierung, ihre Armeen wieder auf den Friedensstand zu setzen, nicht das letzte Wort in der Abrüstungs-Frage gesprochen sein würde. Wie man sich erinnert, ging der Vorschlag, die europäischen Mächte sollten auf die Abrüstung der Balkanstaaten hinwirken, von Rußland aus und Rußland scheint auch für ein weiteres Vorgehen in dieser Richtung die Initiative ergreifen zu wollen. Aus Petersburg wird vom heutigen Tage gemeldet:

Das „Journal de St. Pétersbourg" sagt betreffs der Weigerung Griechenlands, abzurüsten, die Mächte würden ihre Bemühungen verdoppeln, um das vorgesteckte Ziel zu erreichen. Dies fordere nicht bloß die Würde Europa's, sondern auch die Nothwendigkeit, Kalamitäten vorzubeugen, deren Umfang Niemand vorher übersehen könne. Serbien, Griechenland und Bulgarien müßten unter den von Europa für angemessen erachteten Bedingungen abrüsten.

Im gestrigen Blatte theilten wir eine Meldung der „Agence Havas" mit, in welcher es hieß, die Regierung der **französischen Republik** sei sich ihrer Pflichten gegen Spanien als Nachbarstaat wohl bewußt und habe sie pünktlich erfüllt. Diese Erklärung ist jedenfalls hervorgerufen worden durch die heftige Sprache, welche spanische Blätter in den letzten Tagen über die Haltung der französischen Regierung zu den republikanischen spanischen Eingewanderten und Karlisten geführt haben. Die „Correspondencia" druckte einen Artikel des Blattes „El Correo" ab, der sich in heftigem Tone über die angeblichen Beziehungen Zorilla's zu Mitgliedern des französischen Ministeriums ausspricht. Die „Correspondencia" bemerkte dazu, die spanische Regierung wisse, daß Zorilla einer Versammlung in Bordeaux beigewohnt habe, in welcher neue revolutionäre Schritte geplant worden seien. „Imparcial" sagte, der Ministerrath habe beschlossen, dem neuen Botschafter sofort bestimmte Weisungen zugehen zu lassen gegen den Aufenthalt Zorilla's in Frankreich, die Umtriebe der Emigranten, sowie die ungenügende Ueberwachung der Pyrenäengrenze Beschwerde zu führen. In Paris haben diese Beschuldigungen natürlich heftige Verstimmung hervorgerufen und es hieß, Herr v. Freycinet sei entschlossen, gleich nach erfolgter Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens des spanischen Botschafters von diesem Aufklärungen über die Sprache der Presse Spaniens zu erbitten.

Die Angelegenheit ist thatsächlich in der ersten Besprechung des spanischen Botschafters mit dem französischen Minister des Auswärtigen zur Erörterung gelangt. Es liegt darüber folgendes Telegramm des „Wolff'schen Bureau" vor:

Paris, 19. Jan. Freycinet hatte heute eine Unterredung mit Albareda, wobei er demselben von den bezüglich der Grenzüberwachung getroffenen Maßregeln Kenntniß gab. Albareda sprach dem Minister für dieselben seinen Dank aus.

Damit dürfte die heikle Frage wohl ihren diplomatischen Abschluß gefunden haben.

In Bezug auf den deutsch-spanischen Vergleich in der **Karolinen-Angelegenheit** schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Unsere Mittheilung, daß die spanische Regierung in der faktischen Besitzergreifung der Karolinen einen Vorsprung von einigen Tagen vor uns gewonnen habe, wird von dem „Reichsboten" angezweifelt.

„Ist das richtig?" — bemerkt das genannte Blatt — „bisher hieß es immer, das deutsche Schiff sei dem spanischen zuvorgekommen! Dann hätte Deutschland aus Rücksicht auf Spanien aber auch sofort zurücktreten können, und die Anrufung der päpstlichen Vermittelung erscheint dann erst recht unbegreiflich."

Der „Reichsbote" geht offenbar von der Voraussetzung aus, daß die Karolinen in der Nähe von Potsdam gelegen sind. Das trifft indessen nicht zu. Die genannte Inselgruppe ist von Berlin sehr weit entfernt, und die Frage, ob Deutschland oder Spanien in der Besitzergreifung die Priorität gehabt habe, war daher nicht so schnell und so leicht zu entscheiden, als der „Reichsbote" es annimmt. Zunächst mußten die Berichte der deutschen Offiziere abgewartet werden.

Aus letzteren ergab sich, daß unsere Offiziere streng nach ihrer Segelordre verfahren waren. Sie hatten die deutsche Flagge auf der Inselgruppe aufgehißt, weil sie dort keine spanische Flagge vorgefunden hatten. Andererseits wurde aber auch festgestellt, daß zu der Zeit, als unsere Schiffe nach der Karolinengruppe gelangt waren, seitens der Spanier bereits seit mehreren Tagen dort verschiedene Akte vorgenommen worden waren, welche als eine bona fide-Besitzergreifung anerkannt werden mußten. Sie hatten Häuser ausgeladen, Beamte ausgeschifft u. s. w. Als eine Spanien befreundete Macht durfte Deutschland seine Anerkennung der Okkupation nicht von dem Aufhissen einer Flagge abhängig machen. Um zu einer staatsrechtlichen Entscheidung der Frage wegen der Priorität der Besitzergreifung zu gelangen, bedurfte es eben aller dieser Feststellungen. Auch dann hätte man noch darüber streiten können, ob die Besitzergreifung der Insel Yap die ganze Karolinengruppe decke. Die Sache schien indeß nicht wichtig genug, um ihretwegen mit Spanien Zwistigkeiten anzufangen.

Deutschland.

* **Berlin**, 19. Jan. Seine Majestät der Kaiser machte heute Nachmittag eine Spazierfahrt und nahm den Vortrag des Unterstaatssekretärs Grafen Herbert Bismarck entgegen. Später empfing Seine Majestät das Präsidium des preußischen Abgeordnetenhauses, welches darauf auch von der Kaiserin empfangen wurde. — Dem Vernehmen nach ist der Bischof von Fulda, Dr. Kopp, zum Mitglied des Herrenhauses ernannt.

— Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung den zwischen dem Reiche und der Dominikanischen Republik am 30. Januar 1885 zu Berlin abgeschlossenen Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag in erster und zweiter Lesung genehmigt. Dem Vertrag ist eine Denkschrift beigegeben, in welcher es heißt:

„Mit der Republik San Domingo haben Bremen und Hamburg im Jahre 1855 und die Staaten des Deutschen Zollvereins im Jahre 1861 Handels- und Schifffahrtsverträge abgeschlossen. Diese Verträge sind jedoch, mit Ausnahme des von Bremen abgeschlossenen, wegen der bald darauf in San Domingo eingetretenen politischen Veränderungen nicht zur Ratifikation gelangt. Seitdem hat die Regierung von San Domingo wiederholt den Wunsch zu erkennen gegeben, einen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Deutschland abzuschließen. Von Seiten der an dem Handel mit jenem Lande vorzugsweise betheiligten Hansestädte Bremen und Hamburg ist die Herstellung vertragsmäßiger Beziehungen zu demselben für wünschenswerth erachtet worden. Der vorliegende Vertrag, durch welchen dem deutschen Handel die Meistbegünstigung gesichert ist, regelt die Handels-, Schifffahrts- und Konsulatsverhältnisse in analoger Weise, wie dies mehreren anderen centralamerikanischen Republiken gegenüber bereits früher geschehen ist."

— Die Budgetkommission des Reichstags berieth den Marineetat. Auf Vorschlag des Berichterstatters Rickert wurde zunächst eine allgemeine Erörterung beschlossen, die hauptsächlich ausgefüllt wurde durch die Rede des Berichterstatters, der Aufklärung über den Stand und die nächsten Ziele der Entwickelung unserer Seewehr verlangte, und die des Chefs der Admiralität, der diesem Verlangen in ausgiebigster Weise nachkam. Daß man trotz der infolge unserer Kolonialpolitik erhöhten Ansprüche an die Marine zu sparen verstehe, erhärtete der Chef der Admiralität durch die Thatsache, daß die regelmäßigen Ausgaben für die Marine 1882 nur um die unbedeutende Summe von 55,000 M. die im Flottenbegründungsplan vorgesehenen Ausgaben überschreiten.

— Am 18. Januar ist zu Magdeburg das Mitglied des Abgeordnetenhauses Stadtrath Karl Gärtner im 63. Lebensjahre verstorben. Derselbe vertrat in den Jahren 1866 und 1867 den Wahlkreis Wanzleben, seit 1875 aber den 4. Magdeburger Wahlkreis (die Stadt Magdeburg) und gehörte der nationalliberalen Partei an.

Lübeck, 19. Jan. Der „Lübecker Zeitung" zufolge werden die Vorarbeiten zum Elbe-Trave-Kanal bis Mitte Februar beendet sein.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 19. Jan. Im böhmischen Landtag begann die Berathung des Antrages Plener und Genossen, betreffend die Aufhebung der Sprachenverordnung, sowie des Antrages Trojan und Genossen auf Durchführung der Gleichberechtigung beider Landessprachen. Der Statthalter erklärte dem Abgeordneten Bareuther gegenüber auf das Entschiedenste, in der Angelegenheit des Deutschen Schulvereins kein Zirkular erlassen zu haben. Morgen findet die Fortsetzung der Debatte statt.

Pest, 19. Jan. Das Abgeordnetenhaus nahm mit großer Majorität den Budgetentwurf für 1886 als Grundlage für die Spezialdebatte an; nur die äußerste Linke stimmte dagegen.

Frankreich.

Paris, 19. Jan. General Courcy telegraphirt: Der Gesundheitszustand bessert sich; es gibt weniger Todesfälle und Erkrankungen. Die Lage in Anam ist gut, die Truppenmacht genügend, um unvorhergesehenen Fällen zu begegnen. Von Seiten der Anamiten ist jedoch nichts zu befürchten, welche dank dem Einflusse der Missionen anscheinend ruhig geworden sind. Die Nachrichten aus Kambodscha lauten dagegen beunruhigend. Eine beträchtliche Anzahl Kambodschaner, Chinesen und Malayen sind im Begriff, einen Aufruhr anzustiften. — Villain, Deputirter für das Aisne-Departement, Republikaner, ist gestorben.

Großbritannien.

☾ **London**, 17. Jan. Der Thronrede, welche Ihre Majestät die Königin am nächsten Donnerstag persönlich verlesen wird, sieht man mit einem mehr als gewöhnlichen Interesse entgegen, nicht weil neue politische Fragen von größerer Tragweite aufgetaucht wären, sondern weil schon bekannte, schwer lösbare Fragen im Augenblicke besonders stark in den Vordergrund getreten sind. Alte Wunden schmerzen gerade jetzt von neuem. Im Sudan ist die Situation wieder eine recht gespannte und niemand wird so naiv sein, zu glauben, daß wir der sudanesischen Sorge überhoben seien, nachdem und weil General Stephenson den Rückzug vor den Aufrührern angetreten hat. Ob dieser Rückzug unsere Lage den Mahdisten gegenüber verbessert hat, ist eine Frage, die sehr verschiedenartig beurtheilt wird; in jedem Falle scheint das Eine unbestreitbar, daß das Zurückweichen unserer Truppen uns keineswegs der Nothwendigkeit des Kämpfens überhoben hat. Man wird sich etwas weiter nach Norden zu schlagen; das scheint im Augenblick die einzige Wirkung des Zurückgehens Stephenson's. Im Uebrigen wird der Beweggrund zu dieser Rückwärtsbewegung wohl alsbald im Parlament von der Regierung klar gestellt werden müssen, da diese Maßregel nicht vom englischen Oberstkommandirenden in Egypten aus eigener Vollmacht, sondern von der hiesigen Regierung angeordnet worden war. Daß die Verhandlungen zwischen Mukhtar Pascha und Sir Henry Drummond Wolff unter dem Vorsitze des Vizekönigs von Egypten endlich ihren Anfang genommen haben, vermag die Sudan-Frage um so weniger zurückzudrängen, als bisher ein praktischer Erfolg dieser Verhandlungen nicht zu erkennen ist. Der englischen Regierung liegt vor Allem die Wiederherstellung definitiv geordneter und Dauer versprechender Verwaltungsverhältnisse in Egypten am Herzen, während Mukhtar Pascha auf dem Steckenpferde seines Projektes einer egyptischen Armeereorganisation herumreitet und diese Angelegenheit als die allerwichtigste zu betrachten scheint. Dem Soldaten und Heerführer Mukhtar ist diese einseitige Bevorzugung der militärischen Frage vielleicht nicht zu verübeln; aber da England im Augenblick andere Interessen in Egypten wahrzunehmen hat und die Reorganisation der egyptischen Armee, unter welcher der türkische Bevollmächtigte eine Vermehrung des egyptischen Heeres versteht, nur die ohnehin sehr schwierige Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts Egyptens unmöglich machen würde, so ist nicht abzusehen, wann die Verhandlungen zwischen Wolff und Mukhtar zu einer Verständigung führen werden.

Zu einem Streitobjekte ersten Ranges zwischen den Parlamentsparteien wird sich natürlich das Maß der Irland zu gewährenden Freiheiten gestalten. Lord Salisbury scheint sich von der Unmöglichkeit, daß die liberale Partei zu einer Uebereinstimmung in dieser Angelegenheit gelange, überzeugt zu halten; denn es ist bereits davon die Rede, daß er die irische Verbrechen-Verhütungsbill ihren wesentlichen Bestimmungen nach wieder in's Leben rufen will, so sehr dieser Beschluß auch die Parnelliten verstimmen muß. Die irische Frage ist unzweifelhaft der heikelste Punkt in der gesammten politischen Situation; ob Lord Salisbury in diesem Punkte mit seinen Absichten im Unterhause durchdringen wird, erscheint sehr ungewiß; immerhin kann er geltend machen, daß die Opposition bis jetzt noch keinen Plan entwickelt hat, den sie dem seinigen gegenüberstellen könnte.

Mit dem Vorgehen der Regierung in Birma sind eine ganze Anzahl von Fragen verknüpft, die, wenn auch nicht in der Thronrede, so doch in der Diskussion des Parlaments klar gestellt werden müssen; hierher gehört das Abhängigkeitsverhältniß Birma's von China und die Art, wie die Regierung China für seine Oberhoheitsrechte über das von den Engländern eroberte und auf dem Papiere bereits annektirte Gebiet zu entschädigen gedenkt; auch die Rechte des Parlaments, das wegen der Erklärung der englischen Herrschaft in Birma nicht befragt worden ist, gedenkt die Opposition ausdrücklich zu wahren.

Die auf die Dauer allem Anscheine nach unhaltbaren Verhältnisse in Südafrika, wo die Unverträglichkeit der Buren erst kürzlich wieder bedauerliche Vorgänge hervorgerufen hat, und die Verhandlungen mit Spanien wegen der englischen Schifffahrts- und Handelsverhältnisse auf den Karolinen, gehören in den Kreis der Tagesfragen. Die Absteckung der russisch-afghanischen Grenze vollzieht sich ohne ernstlichere Differenzen, wenn auch die Grenzregulirung der Natur der Verhältnisse entsprechend nur allmählich vorrückt; dagen ist man nicht ganz außer Sorge betreffs der Kämpfe russischer Grenzposten mit persischen Ueberläufern, da man mehrfach, wenn auch wohl ohne Grund, befürchtet, daß Rußland seine Einflußsphäre in dieser Richtung erweitern könne.

London, 19. Jan. Salisbury empfing heute die Deputationen mehrerer regierungsfreundlicher irischer Vereinigungen, welche auf die ernste Lage Irlands hinwiesen und baten, die Regierung möge die erforderlichen Maßregeln treffen. Salisbury erklärte, die Regierung sei sich der Verantwortlichkeit bei der gegenwärtigen Krisis wohl bewußt und würde dieser Verantwortlichkeit treu bleiben.

— Aus London wird berichtet, daß Lord George Hamilton zum Nachfolger Carnarvon's designirt sei. Unter diesen Umständen gewinnt eine Rede an Bedeutung, welche Lord Hamilton (gegenwärtig bekanntlich der Chef der Admiralität) am Samstag in einer Wählerversammlung in Croydon gehalten hat. Er erklärte u. a., die Regierung sei entschlossen, in Irland das Gesetz wie in den übrigen Theilen des Reiches geachtet zu machen. „Während wir bereit sind, erklärte der Minister, Irland, wie irgend einem anderen Theil des Vereinigten Königreiches, gewisse Lokalregierungsgewalten zuzugestehen, werden wir demselben nichts zuge-

stehen, was direkt oder indirekt dazu angethan sein würde, die Zusammengehörigkeit unseres nationalen Reiches zu gefährden. An diesen Prinzipien wird die konservative Partei unerschütterlich festhalten." — Auch die Radikalen geben zu erkennen, daß sie in der irischen Frage sich nicht zu sehr engagiren wollen. An demselben Abende, an welchem Hamilton in Croydon sprach, hielt Chamberlain eine Bankettrede, in welcher er u. a. sagte: „Niemand ist bereit, größere Opfer zur Sicherung der liberalen Einigkeit zu bringen, als ich; ein's aber gibt es, das ich nicht opfern könnte, und das ist die Einheit und Integrität des Reiches. Möge Irland ein mit der Einheit des Reiches und dem Uebergewicht des Parlamentes vereinbartes Maß von Lokalregierung gegeben werden, aber darüber hinauszugehen bin ich nicht vorbereitet."

Rußland.

St. Petersburg, 19. Jan. Bei Gelegenheit des gestrigen Festes der Wasserweihe ließ sich der Kaiser die in bulgarischen Diensten gestandenen russischen Offiziere, an der Spitze den ehemaligen bulgarischen Kriegsminister Kantakuzene, vorstellen.

Serbien.

Der „N. A. Z." wird von hier geschrieben: Die von der Berliner Gesellschaft des „Rothen Kreuzes" hierher entsendeten Aerzte mit Dr. Schmid vom Augusta-Hospital an der Spitze haben Belgrad wieder verlassen und nur ein jüngerer Arzt ist für einige Tage zurückgeblieben. Das aufopfernde und selbstlose Wirken dieser Herren, welche an 200 Schwerverwundete hier mit bestem Erfolge behandelt haben, hat in allen Kreisen der Bevölkerung die größte Anerkennung gefunden. Nicht minder hat deren chirurgische Tüchtigkeit denselben in kurzer Zeit einen so bedeutenden Namen gemacht, daß zumal in den letzten Tagen das von ihnen geleitete Hospital einem wunderthätigen Wallfahrtsorte glich, zu welchem in langen Reihen Hunderte von Hilfsbedürftigen aus der Civilbevölkerung gezogen kamen, welche insgesammt, selbstredend unentgeltlich, behandelt wurden.

Bulgarien.

Sofia, 19. Jan. Die Antwort der Regierung auf die Zirkularnote der Mächte bezüglich der Abrüstungen erkennt an, daß Rußland sich fortdauernd für das Loos der Balkanstaaten interessire, namentlich Bulgariens. Die Regierung sei bereit, abzurüsten, sobald Serbien, das von Tag zu Tag eine drohendere Haltung einnehme, formell sich verpflichtet habe, abzurüsten, oder sobald die Großmächte die Wiederherstellung des Friedens gesichert und eine Garantie übernommen haben, daß Bulgarien nicht nochmals von Serbien angegriffen werde.

Montenegro.

Cettinje, 19. Jan. Anläßlich der Reise des Fürsten ins Ausland erfolgte die Uebertragung der Regentschaft an die Fürstin. In dem Blatt „Glasera gorca" heißt es, der Fürst begebe sich im Interesse einer friedlichen Entwicklung Montenegros nach Italien und Frankreich, um die dortigen landwirthschaftlichen und industriellen Verhältnisse kennen zu lernen. Das Blatt bemerkt, daß Montenegro, da es im Frieden mit den Nachbarn lebe, sich ruhig den Werken des Friedens widmen könne.

Türkei.

Beirut, 19. Jan. Die Türkei hat große Waffensendungen nach Syrien abgehen lassen, um erforderlichenfalls alle Muselmänner bewaffnen zu können.

Afrika.

Bei Suakim haben wieder Zusammenstöße zwischen den englischen Truppen und Arabern stattgefunden. Dem „Daily Chronicle" wird aus Kairo vom 17. d. telegraphirt, daß Osman Digma nicht todt sei. Derselbe habe den Stamm der Al Geden unweit Keren gänzlich vernichtet, weil derselbe bei dem Entsatze von Kassala mitgewirkt hatte, und marschire jetzt in östlicher Richtung, um den abyssinischen General Ras Alula anzugreifen. Osman soll auch die Absicht haben, Massauah anzugreifen und mit den Aufständischen in der Nachbarschaft von Suakim gegen die Garnison dieses Platzes zu operiren. Aus diesem Grunde sowie infolge der verdächtigen Haltung der Einwohner soll die Besatzung von Suakim verstärkt werden.

Birma.

Aus Bombay wird dem „Standard" unter'm 15. d. telegraphirt: „Die amtlichen Voranschläge, zu denen man bis jetzt gelangt ist, stellen für Ober-Birma ein jährliches Defizit von etwa 20 Lakhs Rupien (1 Lakh = 10,000 Lst.) in Aussicht. Von den gegenwärtig bestehenden Steuern würden wir abschaffen: Eingangszölle 15 Lakhs, Transitoabgaben 9 Lakhs und für Monopole 6 Lakhs. Andererseits dürften 5 Lakhs aus den Stempelgebühren erzielt werden. Dies würde eine Gesammteinnahme von 80 Lakhs lassen, gegen 105 Lakhs in den besten Jahren Thibos. Die veranschlagten Ausgaben bestehen aus 40 Lakhs für die Polizei, die Rechtspflege und die Einziehung der Einkünfte; 20 Lakhs für öffentliche Bauten und 39 Lakhs für das Militär. Mr. Bernard dringt auf eine Ermäßigung des Militäretats, aber selbst dann würde ein Defizit verbleiben."

Amerika.

New-York, 18. Jan. Von dem amerikanischen Pacific-Geschwader hat ein Kriegsschiff Befehl erhalten, sich nach den Samoa-Inseln zu begeben.

Washington, 16. Jan. Das Repräsentantenhaus hat mit 183 gegen 77 Stimmen die Vorlage zur Regelung der Präsidentschaftsnachfolge in der Fassung des Senats angenommen. Alle Demokraten mit Ausnahme von zweien und 37 Republikaner unterstützten die Vorlage. Um Gesetzkraft zu erhalten, bedarf die Bill nur noch der Unterschrift des Präsidenten und dann wird eine Frage, welche seit Garfield's Tode den Amerikanern so große Sorge verursacht hat, endgiltig gelöst sein.

Australien.

— Aus dem fünften Welttheil kommen schwere Klagen über den schlechten Gang der Geschäfte und die in diesem Jahre wieder einmal ganz abnorme Dürre. Einem gegen Ende November geschriebenen Brief aus Sydney entnehmen wir folgende Stelle: Unsere Geschäfte, welche sonst um diese Jahreszeit blühen, liegen ganz darnieder. Die Hauptursache ist die Dürre im Innern des Landes. Seit Monaten fällt kein Regen, das Gras ist verdorrt und von der Gluthitze verbrannt, das Vieh stirbt zu Tausenden, und mancher Gutsbesitzer, der noch vor einem Jahr als ein reicher Mann galt, ist heute ein Bettler. Unter diesen Umständen beschränkt jeder seine Einkäufe auf das Nothwendigste, theilweise freiwillig, oft aber auch gezwungen, weil Banken und Grossisten den Kredit überall verkürzen. Die Folge davon ist wieder einmal die Anhäufung kolossaler Waarenlager aller Gattungen in Sydney.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 20. Januar.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Meldung des Hauptmanns von Landwüst vom 2. Posen'schen Infanterie-Regiment Nr. 19, des Oberstabsarztes 1. Klasse Dr. Winkler und des Assistenzarztes 2. Klasse Fischer vom 3. Badischen Dragoner-Regiment Prinz Karl Nr. 22 sowie des Secondelieutenants von Bömble vom 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 entgegen und ertheilte dann den nachbenannten Personen Audienz: Dem Oberbürgermeister Moll, dem Stadtrath Böhm, dem Dr. Landgraf, den Kommerzienräthen Diffené, Jörger und Ladenburg, dem Hof-Kunsthändler Heckel, dem Hof-Kapellmeister Langer, dem Synagogenrath Aberle sen. und dem Landgerichtsrath Ullrich, sämmtlich von Mannheim, dem Oberamtmann Benkiser von Wolfach, dem Bezirksarzt Dr. Frey von Eberbach, dem Medizinalrath von Langsdorff und dem Oberförster Hof von Emmendingen, dem Kommerzienrath Freudenberg von Weinheim, dem Handelskammer-Präsidenten Stösser von Lahr, dem Gymnasial-Oberlehrer Mohr von Rastatt, dem Fabrikanten Henning von Bruchsal, dem Fabrikanten Faller von Lenzkirch, dem Geheimerath Dr. Hergt von Illenau, dem Geheimen Hofrath Feyerlin von Rippoldsau, dem Gymnasiumsdirektor Behaghel von Wertheim und den Rechnungsräthen von Beck und Castorph von hier.

Nachmittags arbeitete Seine Königliche Hoheit mit dem Präsidenten von Regenauer und empfing dann den Staatsrath Nokk zur Vortragserstattung.

---

* (In der Liste der beim Krönungs- und Ordensfeste in Berlin verliehenen Auszeichnungen) finden sich, abgesehen von den Militärpersonen, folgende Namen aus bezw. in Baden: Geheimer Oberregierungsrath und vortragender Rath im Reichseisenbahnamt Dr. Gerstner mit dem Rothen Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub; Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Colmar v. Cloßmann mit dem Rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife; Reichsbankdirektor Puch in Karlsruhe und Obersteuerkontroleur Tröndle in Hagenau mit dem Rothen Adler-Orden 4. Klasse, sowie Briefträger Heuß in Karlsruhe und Postschaffner Benis in Wertheim mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen.

⊙ **Offenburg**, 19. Jan. (Malzfabrik. — Volkszählungsergebnisse.) Die Bauten und inneren Einrichtungen der Offenburger Malzfabrik sind soweit vollendet, daß mit dem Betriebe spätestens Ende Februar begonnen werden kann. — Der Amtsbezirk Offenburg hat nach dem vorläufigen Ergebniß der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 eine Einwohnerzahl von 51,448, somit 9 Personen oder 0,02 Proz. mehr als 1880. Eine Zunahme um 883 Einwohner weist die Bevölkerung in zusammen 18 Gemeinden auf, eine Abnahme um 879 Personen hat in zusammen 20 Gemeinden stattgefunden; gleich blieb die Seelenzahl in einer Gemarkung. Für den Amtsbezirk Lahr wurde ein Mehr von 3,24 Proz., für Oberkirch von 0,84 Proz., für Wolfach von 3,5 Proz. festgestellt, während sich für den Amtsbezirk Kehl ein Weniger um 0,77 Proz. ergab.

Badischer Landtag.

** **Karlsruhe**, 19. Jan. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß aus der heutigen Beilage.)

Abg. Frech beantragt, die Position an die Budgetkommission zurückzuverweisen; Abg. Friderich schließt sich diesem Vorschlage an und wird demselben nunmehr von Seiten des Hohen Hauses Folge gegeben.

Zu § 2 (Amtsgerichtsgebäude in Bretten) gibt der Abg. Walz seiner Freude über die Aufnahme dieser Position in das Budget und über deren Bewilligung durch die Kommission Ausdruck unter Schilderung der in Bretten bezüglich des Amtsgerichts herrschenden Mißstände und bittet das Haus, dem Antrag der Budgetkommission zuzustimmen.

Zu § 3 (Amtsgerichtsgebäude in Säckingen) spricht Abg. Birkenmeyer sein Befremden über den Strich der von der Großh. Regierung unter dieser Position angeforderten 96,400 M. durch die Budgetkommission aus. Er könne sich diesen ungerechtfertigten Beschluß nur aus dem Umstande erklären, daß die Budgetkommission keine richtige Anschauung von den thatsächlichen Verhältnissen gehabt habe. Deshalb habe er das auf die Angelegenheit Bezug habende Material gesammelt und ersuche er die Mitglieder der Budgetkommission, von demselben Einsicht nehmen zu wollen. Zuvor aber gestatte er sich, die Verhältnisse, wie sie in Säckingen liegen, näher darzulegen. Das Amtsgericht sei bis jetzt in einem der Stadt gehörigen Schulhause nothdürftig untergebracht, die Miethe sei auf 1. Oktober d. J. definitiv gekündigt und ein anderes Unterkommen für das Amtsgericht lasse sich nicht ermitteln. Redner schildert nun in anschaulicher Weise die Nachtheile des jetzigen Zustandes, die er aus eigener Erfahrung kennt. Sodann bespricht er ausführlich das neue Projekt und tritt der im Bericht niedergelegten Auffassung, daß dasselbe zu theuer sei, energisch entgegen. Das Angebot der Stadt, 15,000 M. zu dem Neubau zu steuern, sofern er auf dem in Aussicht genommenen Platz ausgeführt und dabei die Erweiterung der Rheinstraße bewerkstelligt werde, sei angesichts ihrer Schuldenlast sehr respektabel. Da der niederzulegende Theil des Stiftsgebäudes dem Domänengrundstock gehöre und die für den Bauplatz erforderliche Summe von 28,000 M. somit wieder an die Staatskasse falle, sei der eigentliche Bauaufwand gar nicht so erheblich. Ein anderer Bauplatz lasse sich schlechterdings nicht ermitteln, denn das neue Amtsgericht vor die Stadt hinaus in die Nähe des Bahnhofs zu stellen, gehe nicht an, weil es sonst zu weit von dem Bezirksamt und Gefängniß entfernt wäre, und in der Stadt selbst sei nur noch ein Platz in der Nähe des Schulhauses über dem alten Rheinbett frei, der aber nach dem Urtheil Sachverständiger gar zu schlechten Baugrund habe.

Redner ersuche das Hohe Haus dringend, die Sache nochmals in Berathung zu ziehen; er habe, um dies zu ermöglichen, mit den Abgg. Krafft und Grether zusammen einen Antrag auf Zurückverweisung dieser Position an die Kommission eingebracht, den er anzunehmen bitte.

Dieser Antrag wird nunmehr durch den Präsidenten verlesen.

Abg. Fieser tritt diesem Antrag entgegen, indem er um Ablehnung dieser Position bittet. Die Budgetkommission habe keineswegs das Bedürfniß nach einem Neubau verkannt, sie trat nur dem vorgelegten Projekte entgegen, bei welchem nach ihrer Ueberzeugung die Anforderung außer allem Verhältniß zum Erfolg stehe. Außer dem im Justizetat angeforderten Kostenbetrag von 111,400 M. sei weiter erforderlich die im außerordentlichen Etat der Zollverwaltung eingestellte Summe von 54,600 M., welche damit begründet werde, daß das neue Gebäude zugleich zur Erweiterung der Dienstwohnung des Oberinspektors dienen solle. Das Amtsgericht in Bretten koste nur 69650 M. und dabei seien dort noch besondere Schwierigkeiten des Terrains zu überwinden. Die Budgetkommission gehe von der Anschauung aus, daß es möglich sein müsse, ein für ein Amtsgericht mit zwei Richtern geeignetes Dienstgebäude mit einem Aufwande von 70,000 — höchstens 80,000 M. zu erstellen. Angesichts dieser Thatsachen habe sie geglaubt, die Ablehnung dieser Position in Antrag bringen zu sollen; eine Aenderung ihres Beschlusses sei von einer erneuten Berathung der Angelegenheit durchaus nicht zu erwarten.

Ministerialrath Dr. v. Jagemann zieht aus der bisherigen Debatte das Facit, daß auch die Stimmen, welche der Anforderung der Großh. Regierung entgegenstünden, das Bedürfniß zu einem Neubau in Säckingen an sich anerkennten. Wenn man die Sache genau betrachte, so erscheine der Kostenaufwand nicht so exorbitant; denn ziehe man von dem Gesammtbetrag den städtischen Zuschuß mit 15,000 M. wegen Verbreiterung der Rheinstraße und den vom Staat selbst wieder vereinnahmten Betrag von 28,000 M. für den Erwerb des Terrains ab, so blieben 137,000 M. für einen Bau, welcher einerseits für ein Amtsgericht mit 2 Beamten, anderseits zugleich für die Diensträume eines Hauptsteueramts bestimmt sein und 2 Dienstwohnungen enthalten, sowie den Raum zur Vergrößerung einer dritten im Nebenbau verfügbar machen sollte. Es seien somit in Wahrheit 2 Dienstgebäude unter einem Dach. Die auf Justiz- und Zolletat vertheilte Summe von 137,000 M. enthalte aber nicht ganz zweimal den vom Abg. Fieser für ein Dienstgebäude als zulässig bezeichneten Kostenbetrag in sich. Andere Plätze in der Stadt hätten sich nicht gefunden, was ein erneutes Suchen übrigens nicht ausschließe. Dagegen werde man sich nur schwer entschließen, vor die Stadt hinaus zu bauen, weil dies weder im Interesse der Stadt, noch der Rechtsuchenden im Bezirk, noch der Rechtspflege liege; letzteres wegen der dadurch bewirkten räumlichen Entfernung des Amtsgerichts vom Bezirksamt und dem Amtsgefängnisse.

Aus dem Gange der heutigen Verhandlung glaube Redner zu seiner Befriedigung entnehmen zu können, daß der Neubau für die Zukunft gesichert sei, da man im Wesentlichen nur an der Art des jetzigen Projekts, namentlich an der Verbindung mit einem Zolldienstgebäude Anstoß nehme.

Nach einer Replik des Abg. Birkenmeyer und einer nochmaligen Betonung des Standpunkts der Kommission durch den Abg. Friderich wird dann auf Vorschlag des Berichterstatters Abg. Frech der Antrag Birkenmeyer mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Zu § 4 rekapitulirt Abg. Gönner die Geschichte des Neubaues eines Amtsgerichts in Baden und betont, daß die Stadt Baden nichts dagegen einzuwenden habe, wenn das Gebäude nach dem Vorschlage der Budgetkommission statt mit 2 mit 3 Stockwerken aufgeführt werde.

Staatsrath Nokk spricht seine Freude über die Bewilligung aus, glaubt aber befürchten zu sollen, daß die Bedingung, an welche dieselbe geknüpft werde, möglicherweise die Verwirklichung des Projektes verhindere, denn er müsse auf Grund der gefertigten Kostenüberschläge bezweifeln, ob sich mit 105,000 M. ein dreistöckiges Gebäude erstellen lasse. Die Regierung werde nicht versäumen, den Baubehörden die größte Sparsamkeit zur Pflicht zu machen, aber sie könne unmöglich den Bau beginnen, wenn es nicht im Voraus feststehe, daß er sich in der verlangten Weise mit den bewilligten Mitteln ausführen lasse.

Abg. Belzer hat als Sachverständiger auf Ersuchen der Budgetkommission den Plan einer Prüfung unterzogen und ist zur Ueberzeugung gekommen, daß derselbe mit 105,000 M. in Baden ausgeführt werden könne.

Abg. Fieser betont zum Schlusse den Standpunkt der Budgetkommission in dieser Angelegenheit, dieselbe glaube, daß unsere staatlichen Baubehörden im Allgemeinen zu theuer bauten, man möge, wenn dieselben mit der bewilligten Summe den projektirten Bau nicht ausführen könnten, doch einmal den Versuch machen, das Ganze zur Submission auszuschreiben; Redner habe die feste Ueber-

zeugung, daß es dann gelingen werde, mit den bewilligten Mitteln zu reichen.

Hierauf wurde der Antrag der Kommission auch bezüglich dieser Position unverändert angenommen und es erfolgte sodann gegen ½2 Uhr durch den Präsidenten der Schluß der Sitzung.

* 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, Tagesordnung auf Donnerstag den 21. Januar, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung der Berichte der Budgetkommission über die Spezialbudgets für 1886 und 1887. 2. Abtheilung, Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, und zwar: a. Titel VII der Ausgabe und Titel II der Einnahme, Berichterstatter: Abg. Lauck. b. Titel VIII, IX und X der Ausgabe und Titel III der Einnahme, Berichterstatter: Abg. Fieser.

Theater und Kunst.

—k. **Karlsruhe**, 19. Jan. (Konzertbericht.) In „Paulus" und „Elias" hat Mendelssohn, der Erretter Bach'scher und Händel'scher Meisterwerke aus jahrelanger Vergessenheit, selber zwei Oratorien geschaffen, die von allen nachklassischen Werken dieser Art an Erhabenheit und Großartigkeit des Stiles den unvergänglichen Schöpfungen jener beiden Tonheroen am nächsten kommen. Der gerade in unserer Zeit dem Mendelssohn'schen Stile so oft gemachte Vorwurf glatten, aber inhaltsarmen Formalismus, süßlicher Ausdrucksweise, muß diesen Oratorien gegenüber verstummen. Die Mendelssohn'sche Tonsprache einigt speziell im „Elias" — dem Werke eines den Jahren wie den musikalischen Fähigkeiten und Erfahrungen nach vollkommen gereiften Mannes — höchste Kunstvollendung mit überzeugender Gemüthstiefe und dramatischer Lebendigkeit des Ausdrucks. Die erste Abtheilung ganz besonders führt in einer fortwährenden Steigerung zu den eindrucksvollsten, mächtigsten Höhepunkten. Es sei nur auf den lebendig schildernden Eingangschor, die schlagkräftigen Baalschöre, den feierlichen Schlußchor hingewiesen. Dem gegenüber besitzt die zweite Abtheilung einen vorwiegend lyrischen Charakter. Die erste Sopranarie, die Elias-Arie: „Es ist genug!", die Altarie: „Sei stille dem Herrn!", sind längst Gemeingut der musikalischen Welt geworden. Von der in den Chören sich aussprechenden Menge, den episodischen Personen, hebt sich eine Gestalt in imposanter Größe, hoheitsvoller Würde ab: Elias. Jeder Gesang, den der Gottesmann anstimmt, jedes Wort, das ihm im heiligen Eifer, in frommer Inbrunst oder in tiefem Schmerz von den Lippen fließt, liefert den Beweis dafür, wie sehr die alttestamentarische Ueberlieferung dem Tondichter selbst in das Herz griff, wie erst er es mit der würdigen musikalischen Verkörperung der edlen Prophetengestalt genommen hat.

Die gestrige Aufführung des herrlichen Oratoriums hätte selbst bei minder gutem Gelingen dankbarste Anerkennung verdient. Ist doch das Werk seit Jahren mit einem förmlichen Interdikt belegt gewesen. Die endliche Erlösung des Elias aus seiner Verbannung durch denselben Verein, der das Werk schon in seiner früheren rühmlichen Thätigkeit zu seinen glänzendsten Repertoirestücken zählte, war um so erfreulicher, als dem rührigen Dirigenten, Herrn Adam, und dem Chor keine Mühe zu viel gewesen, die Tondichtung würdig und ihrer Eigenart entsprechend zur Wiedergabe zu bringen. Was den Ensembles etwa an Tonmacht, vollkommenem Gleichgewicht der Stimmgattungen, durchgreifenden Gegensätzen und Steigerungen abging, das ersetzten sie durch sorgfältige Ausarbeitung, sicheres, nur selten leise gestörtes Ineinandergreifen der vokalen und instrumentalen Kräfte, schwungvollen, von liebevoller Hingabe und warmer Begeisterung getragenen Vortrag. Von den Solisten stand der Vertreter des Elias, Herr Plank, nicht bloß dem Gewicht seiner Partie nach, sondern auch künstlerisch an der Spitze. Man kann den Elias sicherlich technisch abgeklärter, vor allem mit größerer Ruhe und Bestimmtheit des Ansatzes, einer größeren Veredelung von Ton und Wort ausführen, kaum aber mit einem heiligeren Kunsteifer, mit einer größeren Innerlichkeit, einer sorgfältigeren Unterscheidung der verschiedenen Stimmungsmomente, seien es diejenigen stolzer Kraft, oder lyrischer Weichheit, heiligen Zornes oder entsagungsvollen Schmerzes. Frl. Fritsch lieh der Sopranpartie den vollen Schmelz ihrer zwar kleinen, aber wohlklingenden, einschmeichelnden Stimme. Der Ausdruck hätte wohl hin und wieder eine Verstärkung und Vertiefung erfahren dürfen. So schien uns in dem Recitativ: „Was hast du an mir gethan?" die schwere Sorge, der heißer und heißer hervorquellende Schmerz der ihres Sohnes beraubten Witwe nicht zum Durchbruch zu kommen; ein größeres Klangvolumen bedingt sodann zu seiner vollen Wirkung das glaubensstarke Allegro der Eingangsarie der zweiten Abtheilung. Herr Rosenberg sang die Tenorpartie sicher und geschmackvoll. Bei dem Gesange des Fräulein Friedlein war es vorzugsweise die ungewöhnlich umfangreiche und klanggewaltige Stimme mit ihrem echten Alttimbre, der vielfach wohlgetroffene Ausdruck, was das Interesse auf sich lenkte. Die Stimme an und für sich ist der höchsten dramatischen Kraft und der seelenvollsten Wärme fähig. Selbstverständlich muß aber die ganze gesangliche und musikalische Anfängerschaft des Fräulein Friedlein, die schroffe Ungleichheit ihrer Töne der verschiedenen Register und innerhalb desselben Registers bei einem solchen Werke in die schärfste Beleuchtung treten. An dem Engelterzett der zweiten Abtheilung haftete noch eine erkleckliche Last irdischer Unvollkommenheit; zur vollen Ausprägung seiner lichtvollen Schönheit, seines mystischen Zaubers bedarf es vor Allem der Reinheit. Mit der Aufführung des „Elias" hat sich der Cäcilienverein und sein Dirigent ein wirkliches Verdienst um das hiesige Musikleben erworben. Möge dem Verein ein namhafter Zuwachs an passiven Mitgliedern beschieden sein, um weiterhin in gleich vorzüglicher Weise aktiv sein zu können.

Verschiedenes.

— **Stuttgart**, 18. Jan. (Bernhard v. Neher), der frühere Direktor der Kunstschule und namhafter Historienmaler, ist, 80 Jahre alt, gestorben. Bernhard Neher war am 16. Januar 1806 zu Biberach geboren und kam 1822 nach Stuttgart, wo er den Unterricht von Dannecker und Heisch genoß. Seine Hauptausbildung aber erhielt er in München durch Cornelius, dessen Schule er zeitlebens treu geblieben ist. 1833 schuf er das Freskobild am Isarthor: „Einzug des Kaisers Ludwig von Bayern nach der Schlacht bei Ampfing", das ihm einen Namen neben den ersten Künstlern des damaligen Münchens verschaffte. In dieselbe Zeit seines Schaffens fallen die Fresken im Weimarer Schlosse zu Dichtungen Goethe's und Schiller's, deren Kartons im Treppengebäude der hiesigen Kunstschule hängen und zum schönsten gehören, was unsere Galerie aufzuweisen hat. 1840 wurde er Direktor der Akademie in Leipzig, 1846 wurde er nach Stuttgart berufen, wo er 33 Jahre, bis 1854 als Professor, bis 1876 als Direktor gewirkt hat. Während dieser Zeit entfaltete Neher eine reiche Thätigkeit; neben Oelbildern schuf er insbesondere Kartons für Glasgemälde, unter denen wir in erster Linie die sechs Fenster der Stuttgarter Stiftskirche nennen, eine der bedeutendsten Kunstschöpfungen, die auf schwäbischem Boden entstanden sind. Mit Neher ist einer der letzten aus der alten Cornelius-Schule dahingegangen, zugleich einer ihrer edelsten und hervorragendsten Vertreter. Die heutige Kunst hat sich weit entfernt von den Wegen, auf welchen jene alten Meister gewandelt sind, und kein Einsichtiger wird läugnen, daß es eine gesunde und nothwendige Reaktion war, welche die moderne Richtung zum Siege geführt hat. Aber wer über die Freude an der Farbenpracht, die unsere zeitgenössischen Künstler entfalten, den Sinn für jene künstlerischen Vorzüge nicht eingebüßt hat, durch welche vor andern Bernhard Neher ausgezeichnet ist: Adel der Form, Keuschheit und stilvolle Größe — der wird anerkennen: es ruht in den Werken dieser alten Meister ein Schatz, der unserer deutschen Kunst nicht verloren gehen darf.

± **Metz**, 18. Jan. (Römisches Siegesdenkmal) In hiesigen kunstverständigen Kreisen verfolgt man mit großem Interesse die Wiederherstellungsarbeiten, welche gegenwärtig im städtischen Museum an dem römischen Siegesdenkmale vorgenommen werden, dessen Bruchstücke man vor mehreren Jahren bei dem lothringischen Dorfe Merten auffand. Dasselbe hat eine Höhe von über 10 Meter und trägt einen mit Panzer und römischem Feldherrnmantel bekleideten Reiter, der mit einer Lanze nach dem, unter den Hufen des Pferdes sich windenden Gegner stößt. Nur der Oberkörper des letzteren zeigt menschliche Formen, während der Unterleib in einen Schlangenkörper ausläuft. Aus dieser barbarischen Gestaltung läßt sich wohl der Schluß ziehen, daß das Denkmal zur Erinnerung an die vollzogene Unterjochung eines eingebornen Volksstammes errichtet worden ist. Die zahlreich vorhandenen Hoch- und Flachreliefsiguren, zum Theil nahezu in Lebensgröße ausgeführt, sind größtentheils erhalten. Die Inschrift ist dagegen verloren gegangen, so daß der Ursprung des Fundes nur annähernd auf das Ende des 2. oder Anfang des 3. Jahrhunderts n. Chr. festgesetzt werden kann. In Bezug auf Kunstwerth überragt das Denkmal alle in hiesiger Gegend seit langem aufgefundenen römischen Alterthümer und wird nach seiner vollständigen Wiederherstellung, um welche sich namentlich Dombaumeister Tornow verdient gemacht hat, eine Hauptzierde der hiesigen städtischen Alterthumssammlung bilden.

Großherzogliches Hoftheater.

In **Karlsruhe**: Donnerstag den 21. Jan. 12. Ab.-Vorst.: **Der Barbier von Sevilla**, komische Oper in 2 Aufzügen. Musik von Rossini. Anfang ½7 Uhr.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 20. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Gegenüber der allgemeinen Theilnahme, womit das Regierungsjubiläum des Kaisers im ganzen Königreiche gefeiert wurde, ist das Verhalten der Polen am 3. d. M. höchst charakteristisch. Dem Domkapitel zu Gnesen wurde seinerzeit von der Regierung nahe gelegt, am 3. d. M. in der Domkirche des Regierungsjubiläums in geeigneter Weise zu gedenken. Das Kapitel beschloß jedoch, dieser Anregung nicht Folge zu leisten, da bei der augenblicklichen Lage der Diözese am Gottesdienste nichts geändert werden dürfe.

Berlin, 20. Jan. Der Reichstag nahm in der heutigen Sitzung die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Rechtspflege in den deutschen überseeischen Schutzgebieten vor. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Geh. Rath v. Schelling, erklärt, die Vorlage wolle den Reichstag zur Berathung der Rechtspflege in den Schutzgebieten nur im Prinzip heranziehen, dagegen den Erlaß besonderer Ausführungsbestimmungen der Regierung überlassen, weil jetzt noch nicht feste Gesetzesnormen aufgestellt werden könnten. Die in den Schutzgebieten herzustellende Gerichtsbarkeit solle den jeweiligen Zuständen jener angepaßt werden.

Abg. Rintelen (Zentr.) protestirt gegen ein solches Absprechen der Rechte des Reichstags, wie die Vorlage es wolle. Es handle sich hier nicht um völkerrechtliche, sondern um staatsrechtliche Verhältnisse. Die Kolonien ständen unter der Souveränetät des Deutschen Reiches, nicht unter der des Kaisers und des Bundesraths. Der Abgeordnete beantragt Verweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission.

Regierungskommissär Dr. Krauel (vortragender Rath im Auswärtigen Amte) sagt, die Regierung wolle sich nicht in die Gerichtsbarkeit der Eingeborenen einmischen; für die nicht Eingeborenen solle im Allgemeinen die Konsulargerichtsbarkeit eintreten, in einzelnen Fällen sollen den speziellen Verhältnissen angepaßte Einrichtungen getroffen werden. Ein großer Beamtenapparat werde nicht nothwendig sein. Man müsse zunächst experimentiren, wie andere Kolonialstaaten es auch gethan. Die Regierung werde gern über ihre Verordnungen dem Reichstage Rechenschaft ablegen.

Abg. v. Rheinbaben (Deutsche Reichsp.) ersucht, die Vorlage ohne Kommissionsberathung anzunehmen. Abg. Bamberger erklärt dagegen, es genüge nicht, daß die in den Schutzgebieten getroffenen Maßregeln zur Kenntniß des Reichstages gelangten; der Reichstag müsse auch eine berathende Stimme haben. Meyer-Halle beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. v. Helldorf spricht für die Vorlage, Windthorst betont, man müsse das Parlament und dessen Beschlüsse berücksichtigen, um zu verhindern, daß das Parlament sich größere Befugnisse zu verschaffen suche.

Nach weiteren Bemerkungen Bamberger's, Windthorst's und v. Helldorff's wird die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Es folgt sodann die Fortsetzung der Etatsberathung.

Wien, 20. Jan. Die „Politische Korrespondenz" widerspricht auf Grund zuverlässiger Informationen aus Belgrad den Mittheilungen, daß der Bahnverkehr behufs Truppentransportes eingestellt sei und die Wiedereinberufung der Truppen auf den 24. Januar mit der Ablehnung des Abrüstungsvorschlages zusammenhänge. Die Wiedereinberufung der Truppen sei gleich bei deren Beurlaubung angeordnet worden.

Sofia, 20. Jan. Bukarest ist jetzt sowohl von serbischer wie bulgarischer Seite als Ort für die Friedensverhandlungen angenommen. Aus Petersburg verlautet, es scheine sicher, daß die Mächte sich über erneute, dringende Vorstellungen bei den Balkanstaaten wegen der Abrüstung derselben verständigten.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 15. Jan. Elise Susanna, V.: L. G. Hilz, Eisendreher. — 16. Jan. Hedwig, V.: Karl Brünner, Maler. — 17. Jan. Karl Alois, V.: Stef. Freitag, Küfer. — 18. Jan. Walter, V.: Jul. Löwenthal, Kaufmann. — Emil, V.: Emil Bender, Lokomotivführer. — 19. Jan. Karl Ludwig, V.: J. S. Wörner, Fabrikarbeiter.

Eheaufgebote. 19. Jan. Frdr. Hartmann von Ilshofen, Dienstmann hier, mit Wilhelmine Frank, Wtwe., geb. Mast, von Enzthal. — Emil Schweitzer von Lörrach, Kaufmann hier, mit Christine Straub von Sasbachwalden.

Todesfall. 19. Jan. Mathias Zoz, ld., Diener, 35 J.

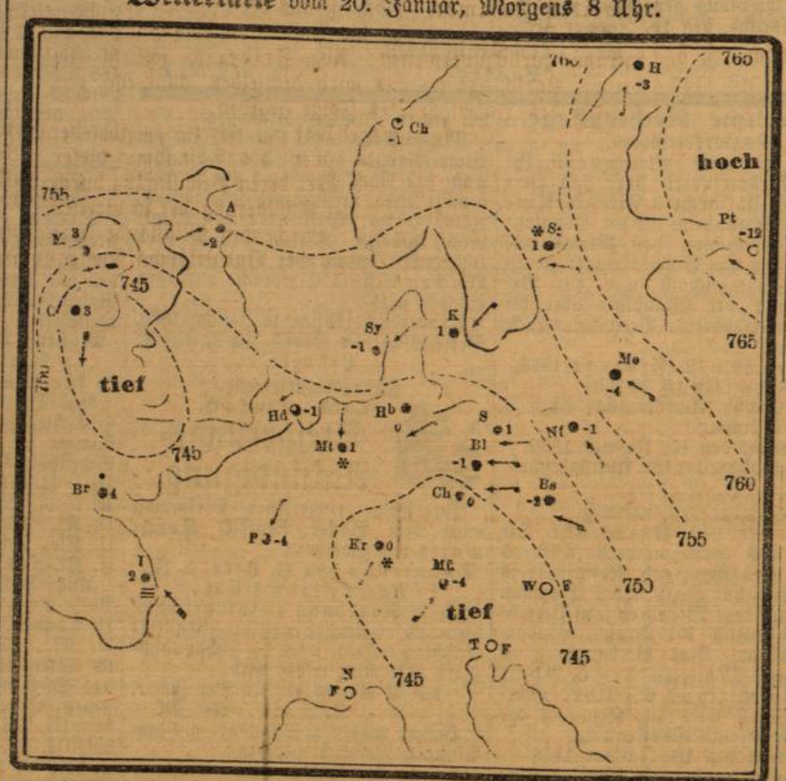
Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Thermom. in C.	Absolute Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
19. Nachts 9 Uhr [1])	736.2	+ 0.8	4.5	92	SE.	bedeckt
20. Vrgs. 7 Uhr [2])	733.6	+ 0.4	4.4	92	SW.	"
20. Mittgs. 2 Uhr [1])	733.7	+ 0.5	4.5	94	SW.	"

[1]) Schnee. [2]) Schnee. Schnee = 1.0 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 20. Jan., Mrgs. 3.31 m.

Wetterkarte vom 20. Januar, Morgens 8 Uhr.



Ueberficht der Witterung. Unter dem Einfluß einer flachen Depression über Süddeutschland wehen über Nordcentraleuropa schwache östliche Winde bei trüber nebliger Witterung, jedoch ohne nennenswerthe Niederschläge. Im südlichen Deutschland dauern bei leichter Luftbewegung aus variabler Richtung die Schneefälle, welche sich gestern Abend einstellten, fort. Das barometrische Maximum hat an Intensität zugenommen und scheint sich über Nordwesteuropa auszubreiten. In Deutschland herrscht allenthalben leichter Frost, dessen Zunahme wahrscheinlich ist.

(Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 20. Januar 1886.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	104.80	Staatsbahn	213.60
4% Preuß. Cons.	104.60	Lombarden	106.40
4% Baden in fl.	102.40	Galizier	176.70
4% " in M.	104.—	Elbthal	131.20
Oester. Goldrente	90.35	Mecklenburger	187.80
" Silberr.	67.95	Mainzer	99.10
4% Ungar. Goldr.	81.20	Lübeck-Büchen Pb.	161.—
1877r Russen	98.60	Gotthard	107.80
1880r "	83.10	**Loose, Wechsel ꝛc.**	
II. Orientanleihe	61.35	Wechsel a. Amst.	169.02
Italiener	97.20	" " Lond.	20.39
Egypter	64.70	" " Paris	80.90
Spanier	54.—	" " Wien	161.37
5% Serben	80.60	Napoleonsd'or	16.16
Banken.		Privatdiscont	2 1/2
Kreditaktien	238.40	Bad. Zuckerfabrik	98.20
Disconto-Commandit	198.70	Alkali Wester.	—
Basler Bankver.	165.50	**Nachbörse.**	
Darmstädter Bank	134.30	Kreditaktien	238.20
5% Serb. Hyp. Ob.	80.50	Staatsbahn	213.60
		Lombarden	106.30
		Tendenz: still.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	493.50	Kreditaktien	—.—
" Staatsbahn	428.—	Marknoten	—.—
Lombarden	216.—	Tendenz: —.	
Disco.-Comman.	199.—	**Paris.**	
Laurahütte	85.70	4 1/2% Anleihe	110.22
Dortmunder	56.50	Spanier	53 7/8
Marienburger	53.20	Egypter	323.—
Böhm. Nordbahn	—.—	Ottomane	486 —
Tendenz: —.		Tendenz: —.	

Für Oberkellner & Restaurateure.

Ein sehr großes Anwesen, 2 Minuten von der Bahn entfernt, in einer Provinzial- und Fabrikstadt Rheinhessens, in welchem jahrelang ein sehr bedeutendes Weinrestaurant mit bestem Erfolg betrieben wurde, ist unter günstigen Bedingungen Familienverhältnisse wegen zu verkaufen. U.469.4.

Preis 50,000 Mark.

Näheres in der Expedition d. Bl.

Krankheiten jeder Art, insbesond. **Blasenkrankheiten** (auch Bettnässen, Stein etc.), **Nierenkrankheiten, Frauenkrankheiten,** Bleichsucht, Gicht, Magen- und Kopfleiden, **Wassersucht,** Bandwurm u. **Unterleibsbrüche, Flechten** und **andere Hautausschläge selbst in den verzweifeltsten Fällen** werden auch brieflich geheilt durch die Klinik Villa Margarethenthal **Binningen** bei **Basel. Director: F. C. Bauer.** T.133.10. (O 8581 B.)

Sprechstunden Dienstag, Donnerstag u. Sonntag v. 1—4 Uhr, an andern Tagen bei briefl. Anmeldung. Atteste aus allen Gegenden können eingesehen werden

---

T.192.9.

Matico-Injection
von
Grimault & Cie.,
Apotheker in **Paris.**

Ausschließlich aus peruvianischen **Matico-blättern** zubereitet, hat diese Injection in wenigen Jahren einen allgemeinen Ruf erlangt.

Dieselbe curirt in kurzer Zeit die hartnäckigsten Leiden.

Jedes Fläschchen ist mit der Unterschrift **Grimault et Cie.** und dem Specialstempel der französischen Regierung für Fabrikmarken versehen.

Niederlage in allen größeren Apotheken.

T.678.2. Karlsruhe.

Vergebung von Eisenguß.

Die Lieferung von circa 15600 kg gußeiserner Kanalisations-Bestandtheile (Schachtdeckel, Schlammfangdeckel und Ventilationsabschlüsse) soll in Verding vergeben werden. Angebote sind bis zum **1. Februar, Vormittags 10 Uhr,** dem Endtermin der Verdingung, verschlossen und mit der Aufschrift: „Angebot für 15600 kg Eisengußlieferung" versehen, bei dem städtischen Wasser- u. Straßenbauamt einzureichen.

Die Bedingungen liegen in unserem Bureau zur Einsicht auf u. können gegen Einsendung der Copialien (1 Mark) von da bezogen werden.

Karlsruhe, den 18. Januar 1886.

Städt. Wasser- und Straßenbauamt.
Schück.

T.667.2. Käferthal.

Holzversteigerung.

Aus hiesigem Gemeindewalde werden nachfolgende Hölzer auf hiesigem Rathhause öffentlich versteigert, nämlich:

Freitag den 22. d. M.:
2100 Ster forlenes Scheitholz,
87 „ „ Prügelholz,
8700 Stück forlene Wellen,
150 Ster forlenes Stockholz;

sodann **Samstag den 23. d. M.:**
4358 Stück forlene Stangen I. Sorte,
49¾ Ster „ Pfosten,
115 Stück „ Stämme.

Die Versteigerung beginnt an beiden Tagen Vormittags 10 Uhr.

Käferthal, 14. Januar 1886.

Bürgermeisteramt.
Schmitt.

U.547.1. Bietigheim.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Bietigheim läßt in ihrem Gemeindewald, Abth. 9, Niederwald, öffentlich versteigern:

Am Montag, 25. Januar d. J.:
12 Stück Eichstämme II. und III. Kl. von 1 bis 3 Festmeter körperlichen Inhalts,
40 Stück Nutzholzeichen, sowie eichene Abschnitte,
68 Stück Pappelstämme von 60 Centimeter bis 2½ Festmeter stark,
145 Stück Erlen von 20 Centimeter bis 1 Festmeter 75 Centimeter stark,
53 Stück Eschen von 15—80 Centimtr.,
6 Stück Weiden von 15—30 Centimtr.,
3 Stück Hainbuchen und 1 Maßholder.

Die Zusammenkunft ist Vormittags 9 Uhr in obenbenanntem Schlag an der Vizinalstraße nach Elchesheim.

Bietigheim, den 19. Januar 1886.

Das Bürgermeisteramt.
Schmitt.

U.556. Mingolsheim (Amt Bruchsal).

Stammholz-Versteigerung.

Montag den 25. Januar 1886, Vormittags 10 Uhr anfangend, werden aus hiesigem Gemeindewald, Distrikt IV Bannholz, im Gabenschlag:
224 Eichstämme, zu Bau- und Nutzholz geeignet, und
2 Metzgerklötze
öffentlich versteigert.

Mingolsheim, den 20. Jan. 1886.

Das Bürgermeisteramt.
Schanzenbach.

Convertirung der alten 4% & 4½% 1877er Berner Obligationen.

Die s. Z. durch mich zur Convertirung abgestempelten alten 4% & 4½% 1877er Berner Obligationen können nunmehr gegen die neuen Stücke bei mir umgetauscht werden.

Karlsruhe, 17. Januar 1886.

Veit L. Homburger.

T.676.2.

4% Conversions-Anleihen
des
Staates Bern von Fr. 13,000,000
von 1885.

Den Inhabern der convertirten Titel der Anleihen des Staates Bern von 1861 und 1877 wird mitgetheilt, daß der Umtausch derselben gegen die neuen Titel obigen Anleihens von 13 Millionen Franken von nun an bei derjenigen Conversionsstelle stattfindet, bei welcher die Abstempelung der alten Titel vollzogen worden ist.

Bern (Schweiz), den 15. Januar 1886.

T.665.2. (O.H.833.)

Für das Syndicat:
Eidgenössische Bank.

T.649.2.

Festhalle Karlsruhe.

Samstag den 23. Januar 1886, Abends 7½ Uhr:

Grosser Maskenball.

16 Gabenpreise (6 Herren- und 10 Damenpreise) den schönsten und originellsten Herren- und Damenkostümen, im Werth von 450 Mark,

3 Gruppenpreise den originellsten und schönsten Gruppen, jede aus wenigstens 4 Personen bestehend, im Baarbetrag von 200 Mark, 100 Mark und 50 Mark.

Ball- u. Concert-Musik

von den vollständigen Kapellen des

1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Böttge und des
3. Badischen Dragoner-Regiments Nr. 22 unter Leitung des Stabstrompeters Herrn Möbius.

Eintrittskarten für die Person zu **2 M. 50 Pf.** sind von Mittwoch bis Samstag Abends 6 Uhr zu haben bei:

Hrn. Lederhändler **Knauß,** Kaiserstr. 61,
„ Kfm. **Christ. Grimm,** „ 36,
„ „ **Bregenzer,** „ 76,
„ „ **Bohl,** „ 138,
„ „ **Eugen Dahlemann,** Ecke der Kaiser- u. Herrenstraße,
Frau Friseur **Bieger** Witwe, Friedrichsplatz 11,
Hrn. Kfm. **Fr. Maisch,** Waldstraße 57,
„ „ **Schwaab,** Amalienstr. 19,
„ „ **Bronner,** Wilhelmstraße 1.

Eine Karte, welche am Ballabend an der Kasse in der Festhalle gelöst wird, kostet **3 M.**

Nummerirte Balkonlogenplätze à 3 M. werden in beschränkter Zahl bei Herrn Kaufmann **Bregenzer,** Kaiserstraße 76, bis zum Samstag, 23. Januar, Mittags 4 Uhr, ausgegeben.

Die Karten berechtigen zum Eintritt zu allen Räumlichkeiten des Festes, **in den Ballsaal jedoch nur in Maskenkostüm oder Ballanzug.**

Städtische Sparkasse Karlsruhe
(einschließlich Schulsparkasse).

Die uns zur Kontrole vorgelegten Sparbüchlein können im Kommissionszimmer des Rathhauses (I. Stock, Thüre Nr. 8) gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigungen

am 21.—23. u. 25.—27. Januar d. J.,
Vormittags von 9—12 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr,

wieder in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 19. Januar 1886.

Der Verwaltungsrath.
Lauter.

T.704.1.

Bürgerliche Rechtspflege.

Konkursverfahren.

U.555. Nr. 2038. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Uhrmachers Friedrich Amrhein in Mannheim ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke Termin auf

Freitag den 12. Februar 1886,
Vormittags 10 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte Abth. II hierselbst bestimmt.

Mannheim, den 15. Januar 1886.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
F. Meier.

Vermögensabsonderung.

T.705. Nr. 610. Karlsruhe. Die Ehefrau des Schuhmachers Andreas Stießi, Ernestina, geb. Rothweiler in Berghausen, hat gegen ihren Ehemann Klage mit dem Begehren auf Vermögensabsonderung bei Großh. Landgericht erhoben. Zur Verhandlung ist Termin auf **Montag den 5. April 1886, Vormittags 8½ Uhr,** anberaumt. Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger hiermit veröffentlicht.

Karlsruhe, den 18. Januar 1886.

Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts:
Amann.

Erbeinweisung.

U.515. Nr. 851. Tauberbischofsheim. Das Gr. Amtsgericht dahier hat unterm Heutigen beschlossen:

Maria Anna, geb. Kneuker, hat um Einweisung in den Besitz und die Gewähr des Nachlasses ihres am 29. November 1885 verstorbenen Ehemannes, Jakob Hehn, Gastwirths von Wenkheim, gebeten. Diesem Gesuche wird entsprochen, wenn nicht binnen sechs Wochen diesseits Einsprache hiergegen erhoben wird.

Tauberbischofsheim, 14. Januar 1886.

Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts:
Lederle.

Zwangsversteigerung.

T.655. Stockach.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung wird dem Bäcker Benedikt Kornmaier von Homburg

Donnerstag den 11. Febr. d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,

in dem Rathhaus zu Stahringen öffentlich versteigert und der endgiltige Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungspreis oder mehr erlöst wird:

36 Ar Wiesen bei der Ziegelhütte, taxirt zu . 450 Mk.

Hievon wird dem Schuldner mit dem Anfügen Nachricht gegeben:

a. daß der Erlös vom Steigerer mit fünf vom Hundert vom Zuschlagstage an zu verzinsen und baar zu bezahlen ist;
b. daß, wenn Schuldner Versteigerung auf Zahlungsziele wünscht, er eine schriftliche Einwilligung der Gläubiger, oder eine spätestens acht Tage vor der Versteigerung nachzusuchende richterliche Verfügung beizubringen habe;
c. daß etwaige Einwendung gegen diese und die weiteren Versteigerungsbedingungen, sowie gegen die Schätzung vor Ablauf der letzten acht Tage vor der Versteigerung bei Großh. Amtsgerichte Stockach vorzubringen sind;
d. daß die künftigen Mittheilungen für den Schuldner lediglich durch Anheften an der Gerichtstafel erfolgen.

Stockach, den 6. Januar 1886.

Der Großh. Vollstreckungsbeamte:
K. Basler, Notar.

T.672.1. J.Nr. 1938. Rastatt.

Submission.

Das Garnison-Lazareth in Rastatt begibt die Lieferung nachstehender, in der Zeit vom 1. April 1886 bis ult. März 1887 erforderlichen Gegenstände in Submission, und zwar:

am Montag dem 8. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr:
die Lieferung der Todtenkärge,

Vormittags 11 Uhr:
die Lieferung des künstlichen Selterswassers;

am Donnerstag, 11. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr:
die Lieferung der Viktualien, der Kolonial-, Fleisch- und Backwaaren, der Weine, des Biers u. der Milch.

Die Offerten sind zu den bezüglichen Terminen verschlossen und mit der entsprechenden Aufschrift versehen an das Lazarethbureau einzusenden, woselbst auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Rastatt, den 15. Januar 1886.

Königliches Garnison-Lazareth.

T.690.1. **Die Lieferung**

von 40,000 Stück Porphyr-Pflastersteinen für die Straßenpflasterung in **Bruchsal** wird **Montag den 15. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr,** in öffentlicher Submission vergeben. Schriftliche (für 100 Stück Steine gestellte) Angebote sind verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen zum genannten Termin auf dem Bureau der **Gr. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion Karlsruhe** (Westendstraße Nr. 64) einzureichen, wo bis dahin die Bedingungen zur Einsicht aufliegen.

Holzversteigerung.

T.668. Nr. 46. Von Gr. Bezirksforstei Ichenheim werden aus Domänenwald „Ottenheimerwald Schlag 8" mit Borgfrist bis 1. September l. J. versteigert,

Mittwoch den 27. Januar l. J.,
früh 9 Uhr,

im „Deutschen Kaiser" zu Kürzell:
10 Eichen I. Klasse, 19 Eichen II. Kl., 28 Eichen III. Kl. u. 16 Eichen IV. Kl., 2 Metzgerklötze; 9 Buchen, 10 Erlen, 2 Eschen, 1 Kirschbaum und 2 Ulmen-Nutzholzstämme; 11 Wagnerstangen, 468 Ster buchenes, eichenes und gemischtes Scheit- und Prügelholz; 70 Ster gemischtes Stockholz; 17050 gemischte Wellen und 6 Loos Schlagraum.

Holzversteigerung.

T.664.1. Nr. 35. Aus den Domänenwaldungen der Großh. Bezirksforstei Mittelberg in Ettlingen werden mit unverzinslicher Borgfrist oder Rabattbewilligung bei Baarzahlung versteigert,

Montag den 25. Januar d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

in der Marxzeller Mühle:

Aus Distrikt I. Mittelberg Abth. 2. 6 Eichenstämme III. Kl.; 6 Tannenstämme IV. Kl.; 103 Ster buchenes Scheitholz II. Kl., 350 Ster dto. III. Kl., 11 Ster eichenes Scheitholz III. Kl., 6 Ster gemischtes Scheitholz II. Kl., 68 Ster buchenes Prügelholz II. Kl., 7 Ster gemischtes Prügelholz II. Kl. und 875 buchene Prügelwellen.

Aus Distrikt VI. Tannenwald Abth. 2: 124 Tannenstämme IV. Kl., 19 Tannenklötze II. Kl.; 2 Eichenklötze II. Kl., 250 tannene starke Stangen, 89 Ster buchenes Scheitholz II. Kl., 241 Ster dto. III. Kl., 297 Ster tannenes Scheitholz II. Kl., 267 Ster dto. III. Kl., 8 Ster eichenes Scheitholz III. Kl., 190 Ster buchenes Prügelholz II. Kl. und 66 Ster tannenes Prügelholz II. Kl.

Domänenwaldhüter Kratz in Mittelberg und Wagner in Schielberg zeigen das Holz auf Verlangen vor.

T.709. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Den Vollzug des Sozialistengesetzes betreff.

Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 18[illegible] ist die im Selbstverlage des Verfass[illegible] erschienene nichtperiodische Druckschrift: „Was will die Arbeiterpartei? Ein offenes Wort an die [illegible]beiter, Handwerker und Kleinbauern [illegible] den kleinen Städten und auf dem La[illegible] von Wilhelm Hasenclever in H[illegible] a. S.", Druck von Schönfeld u. Har[illegible] in Dresden, unterm 14. d. Mts. [illegible] der königlichen Regierung in Schles[illegible] verboten worden. (Reichsanzeiger 18[illegible] Nr. 14.)

Karlsruhe, den 19. Januar 1886.

Großh. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Eisenlohr.

Blattner.

T.687.1. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Montag den 25. Januar d. J., Vormittags 8 Uhr beginnend, werden im Versteigerungsraum der dies[illegible]tigen Stelle, Eingang bei der Wär[illegible]hütte am Ettlinger Wegübergang, [illegible] im IV. Quartal 1884 eingeliefe[illegible] herrenlosen Reisegegenstände und Fr[illegible]güter; ferner Nachmittags 2 [illegible] 8 Fässer Trüböl und eine Parthie [illegible]fallholz, in Loose eingetheilt, letzte[illegible] auf unserm Holzlagerplatz bei Got[illegible]au, gegen Baarzahlung öffentlich [illegible]steigert.

Karlsruhe, den 16. Januar 1886.

Großh. Hauptverwaltung der Eis[illegible]bahnmagazine.

Holzversteigerung.

T.673.2. Nr. 70. Aus Domä[illegible]waldungen des Forstbezirks Gr[illegible] werden mit Zahlungsfrist bis 1. No[illegible] 1886 versteigert: am Freitag d[illegible] 22. d. M., Vorm. 9 Uhr, im Pü[illegible]garten im Kammerforst aus dem K[illegible]merforst Abtheilg. 9 u. 10: Scheit[illegible] Ster 413 buchenes, 65 eichenes, 30[illegible] mischtes; — Prügelholz Ster 126 [illegible]chenes, 7 eichenes, 15 gemischtes; [illegible] Stockholz 239 Ster; — Wellen [illegible] buchene, 925 gemischte, 150 forlene; [illegible] am Samstag dem 23. d. M., Vor[illegible] 9 Uhr, im Löwen in Büchenau aus [illegible] Büchenauer Haardt, Abthlg. 2: 1 E[illegible] 8 Eschen, 3 Erlen, 1 Rusche mit [illegible] Fm.; aus den Abthlgn. 7, 8, 9 Sc[illegible]holz Ster 506 buchenes, 153 eichen[illegible] 26 gemischtes; — Prügelholz Ster [illegible] buchenes, 36 eichenes, 32 gemisch[illegible] — Stockholz 237 Ster; — W[illegible] 6900 buchene, 2340 gemischte; — [illegible] Schneebruchholz aus den Abthlgn. 4, 5, 6, 11, 12: 29 Ster forlenes [illegible]geiholz und 750 forlene Wellen.

Nutzholzversteigerung.

T.701.1. Die Großh. Bezirksforstei Kork versteigert aus den Domä[illegible]waldungen, Distr. I, Willstetter[illegible] Schlag 22 und Distr. II, Endin[illegible]wald Schlag 11, mit Borgfrist bis [illegible] Oktober l. J. oder mit Rabatt [illegible] Baarzahlung,

am Donnerstag dem 28. Jan[illegible] d. J., Morgens 9 Uhr, im Gemeindehause in Hesselhurst:

16 Stück Eichen I. Klasse, 8 II., III., 16 IV. Klasse, 36 Eschen, [illegible] Erlen, 65 Birken, 7 Hainbuchen, [illegible] Iffen, 2 Fichten, 1 Forle, 1 K[illegible]baum, 17 Stück eichene u. 123 e[illegible] Stangen und 18 Ster eschene [illegible]holzprügel.

U.545. Nr. 68. Baden.

Bekanntmachung.

Zur Fortführung der Vermessungswerke und der Lagerbücher der Gem[illegible]kungen **Lichtenthal** u. **Baden** ist [illegible]fahrt in die Rathhäuser anberaumt, [illegible] zwar für

1. **Lichtenthal,** auf Donner[illegible] den 28. Januar d. J., [illegible] mittags ½9 Uhr,
2. **Baden,** auf Freitag den [illegible] Januar d. J., Vormitt. 8 [illegible]

Die Grundeigenthümer werden [illegible] mit dem Anfügen in Kenntniß g[illegible] daß die Verzeichnisse der seit der [illegible] Fortführung eingetretenen, dem [illegible]meinderath bekannt gewordenen V[illegible]derungen im Grundeigenthum mi[illegible] 8 Tagen von heute ab zur Einsi[illegible] Betheiligten auf den Rathhäusern [illegible] liegen; etwaige Einwendungen [illegible] die in den Verzeichnissen vorgem[illegible] Veränderungen in dem Grundeige[illegible] und deren Beurkundung im Lag[illegible] sind dem Fortführungsbeamten [illegible] Tagfahrt vorzutragen.

Die Grundeigenthümer werden [illegible] zeitig aufgefordert, die seit der [illegible] Fortführung in ihrem Grundeige[illegible] eingetretenen, aus dem Grundbuch [illegible]ersichtlichen Veränderungen dem [illegible]führungsbeamten in der bezeich[illegible] Tagfahrt anzumelden. Ueber die [illegible] Form der Grundstücke eingetretene[illegible]änderungen sind die vorgeschri[illegible] Handrisse u. Meßurkunden vor der [illegible]fahrt bei dem Gemeinderath oder [illegible] Tagfahrt bei dem Fortführungsbe[illegible] abzugeben, widrigenfalls dieselbe[illegible] Kosten der Betheiligten von Amts[illegible] beschafft werden müßten.

Baden, den 18. Januar 1886.

Der Bezirksgeometer:
Fr. Fuhrmann.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der Braun'schen Hofbuchdruckerei.